

Rezensionen

Wolfgang Gehrke & Christiane Reymann (Hg.): *Ein willkommenener Krieg? NATO, Russland und die Ukraine*. Köln: PapyRossa 2022, 231 Seiten

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat fundamentale politische und ethische Fragen aufgeworfen und gerade Linke vor schwierige Entscheidungen und Dilemmata gestellt. Im vorliegenden Band unternehmen es 16 Autor*innen, zu diesen Problemen Stellung zu beziehen. Zentraler Bezugspunkt ist dabei weniger der militärische Angriff Russlands auf die Ukraine als vielmehr die langfristige Strategie der NATO weltweit und insbesondere in Osteuropa.

Damit stehen zugleich die Sicherheitsinteressen Russlands im Mittelpunkt. In den entsprechenden Beiträgen des Bandes stimmen die Autor*innen insoweit der Argumentation der russischen Regierung unter Präsident Putin zu, dass die Osterweiterung der NATO „Territorialeinbußen für den Verlierer im Kalten Krieg eingeleitet“ habe, wie *John P. Neelsen* formuliert (98) – ganz als wäre dieser „Verlierer“ nicht in Wahrheit die Sowjetunion gewesen, die allenfalls unter Anerkennung hegemonialer Ansprüche mit Russland gleichgesetzt werden kann. Das geschieht freilich in folgenreicher Weise gerade auch im Globalen Süden häufig, sollte in kritischen Analysen aber nicht reproduziert werden. Neelsen spricht jedenfalls militärstrategisch vom „Vorfeld/Glaxis“, dass Russland durch eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine verloren gehe (99). Diese Argumentation ist gewiss nicht neu, erscheint aber doch in einem Band bemerkenswert, der zugleich grundsätzlich pazifistische Texte von *Daniela Dahn* und *Eugen Drewermann* enthält.

Nun bezieht sich die Argumentation mit Geopolitik gewiss auf reale Verhältnisse und Strategien, und sie wird auch durch die hier häufig zitierte Absicht der deutschen Außenministerin unterfüttert, Russland zu „ruinieren“. Das bedeutet jedoch weder, dass alles zwangsläufig auf solches Denken hinauslaufen müsste. Das Denken in geopolitischen Kategorien reproduziert vielmehr die – freilich gegensätzlichen – hegemonialen Argumentationsmuster. Darin sind viele der einzelnen Beiträge wie auch die Gesamtanlage des Buches verstrickt. Dementsprechend sind einzelne Argumentationslinien sicherlich zutreffend – ob es sich um die „olivgrüne“ Häutung der GRÜNEN (*Gerd Schumann*) oder um die sozialen Folgen der durch den Krieg ausgelösten Krise (*Wolfgang Gehrke & Christiane Reymann*) handelt. Dies alles aber wird in die Erzählung von der Aggression der NATO gegen Russland eingebettet. Auch die Osterweiterung dieses Bündnisses ist zweifellos hochproblematisch, und *Oskar Lafontaine* vergisst nicht, in seinem kurzen Vorwort auf die Warnungen des „Altmeister(s) der US-Diplomatie, George Kennan“ hinzuweisen (9). Allerdings wirken diese und andere Texte über weite Strecken eher wie Aneinanderreihungen von Zitaten aus unterschiedlichen Quellen, durch die Lesende aufgefordert werden, die sinistren Stratageme zu durchschauen und zu denunzieren. Dieser Duktus beherrscht leider auch einen durchaus aufschlussreichen Beitrag des inneren Zustandes der Ukraine von *Werner Rügemer*, der ein Sündenregister von Korruption über faschistische Tendenzen bis zur Leihmütter-Industrie aufmacht.

Solche Zusammenstellungen können jedoch wenig helfen, wenn wir verstehen wollen, was in der Ukraine, vor allem aber in Russland tatsächlich vorgeht. Da reicht es einfach nicht, den „Maidan“ routiniert als „Putsch“ zu bezeichnen oder derartige Bewegungen allein auf von US-Diensten lancierte NGOs zurückzuführen. Die Erdrosselung der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit in Russland wurde mit eben diesen Argumenten begründet, manche der Beitragenden mögen sich aber auch daran erinnern, was einmal etwa in Westdeutschland alles „vom Osten gesteuert“ sein sollte. Solche Denunziationen sind nicht nur das Gegenteil einer seriösen Gesellschaftsanalyse, sie fördern auch die Einengung des öffentlichen Raums, die an anderer Stelle zu Recht beklagt wird. Dass die Welt- und Hegemonialmächte soziale Bewegungen zu beeinflussen suchen, ist eine triviale Einsicht, die aber wenig hilft, wenn man diese Bewegungen verstehen will. Wenn der „Maidan“ 2014 einen formal korrekt gewählten Präsidenten vertrieben hat, so ist dies sicherlich zu problematisieren, aber historisch auch kein Einzelfall. Es hat in der Geschichte zahlreiche solcher – sehr unterschiedlich zu bewertender – „Putsche“ gegeben, beispielsweise am 25. Oktober (7. November) 1917 in Petrograd. Man muss da schon genau hinsehen.

Leider wird in keinem Beitrag auch nur der Versuch gemacht, die *putinovščina*, also das aktuelle Herrschaftssystem in Russland, seine Zwänge und Dynamiken zu verstehen. Auch die erschreckenden Aussagen, die eine ukrainische Nationalität in Abrede stellen und die Aggression offensichtlich damit rechtfertigen sollen, bleiben unerwähnt, geschweige denn, dass sie eingeordnet würden. Der Krieg bleibt daher letztlich unverständlich. Und mangels einer Analyse der inneren Verhältnisse der unmittelbar kriegführenden Parteien bleiben auch die Appelle für eine Verhandlungslösung abstrakt.

Reinhart Kößler

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v43i1.13>

Kai Ambos: *Doppelmoral – Der Westen und die Ukraine*.

Frankfurt a.M.: Westend Verlag 2022, 91 Seiten

Der Krieg in der Ukraine wirft einmal mehr Fragen auf, die internationale Macht-, vor allem aber auch Rechtsverhältnisse sowie die Funktionsweise des internationalen Systems betreffen. Die Einhegung und gewaltlose Bearbeitung zwischenstaatlicher Konflikte muss dabei im Mittelpunkt stehen, gerade wenn die aktuelle Situation kurzfristig dafür so geringe realistische Aussichten bietet. Dies unterstreicht auch die knappe auf entscheidende Punkte zugespitzte Analyse des Göttinger Straf- und Völkerrechtlers Kai Ambos: Eine entscheidende Bedingung zur Propagierung und Durchsetzung solcher Prinzipien sowie menschenrechtlicher Standards ist die strikte Gleichbehandlung aller beteiligter Rechtssubjekte, hier in erster Linie der Staaten, vertreten durch ihre Regierungen.

Ambos begründet die Dringlichkeit der von ihm aufgeworfenen Probleme mit der Beobachtung, dass die Aggression Russlands gegen die Ukraine vom 24. Februar 2022 zwar in der UN-Generalversammlung (GV) vom 1. März 2022 von einer überwältigenden Mehrheit der Regierungen verurteilt wurde, dass sich aber auch